

Resolution des 1. fränkischen Asylgipfels

An die politisch Verantwortlichen
Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
Herrn Außenminister Heiko Maas,
Herrn Bundesinnenminister Horst Seehofer,
Herrn Ministerpräsident Dr. Markus Söder,
Herrn Staatsminister des Innern und für Integration Joachim Herrmann,
die zuständigen Ausländerbehörden und Landräte

Als Bürger*innen eines Europas, das sich als aufgeklärte Wertegemeinschaft versteht, als Menschen, die in Familie, Beruf und Gemeinde ihren Teil der Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen und als in der Flüchtlingshilfe ehren- und hauptamtlich Engagierte beobachten wir die aktuellen Entwicklungen in der Asyl- und Migrationspolitik mit großer Sorge.

Aufgrund der aktuellen politischen Situationen und Entscheidungen in Deutschland - hier insbesondere in Bayern - sehen wir das Grundrecht und Menschenrecht auf Asyl in Gefahr. Es droht ein Erlöschen dieses Grundrechts.

Daher nehmen wir Stellung zu folgenden Themen:

- **Internierung von Geflüchteten in ANKER-Zentren**
- **Bayerischer Asylplan für schnellere und effizientere Abschiebungen versus Grundrecht auf Asyl**
- **Arbeits- und Ausbildungsverbote von abgelehnten und sich im Verfahren befindenden Geflüchteten**

Als Expert*innen und vollzeit-aktiv-engagierte Staatsbürger*innen Deutschlands wissen wir in Bezug auf

Internierung von Geflüchteten in ANKER-Zentren:

- Eine offene Gesellschaft und Integration birgt viele Chancen für alle hier lebenden Menschen, Isolation birgt Hass, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit und verletzt die Würde des Menschen.
- Die Unterbringung in ANKER-Zentren mit Sachleistungen nimmt den Geflüchteten eine Vielzahl von Grund- und Menschenrechten.
- Die Schaffung von ANKER-Zentren zielt bewusst auf Abschottung und fördert so rassistische Tendenzen in der deutschen Gesellschaft. Es ist eine Art Aussortierung von Menschen.
- Das Leben in ANKER-Zentren ist unmenschlich und nimmt den Menschen alle Würde und humanitären Grundfreiheiten, das Recht auf Information und Überprüfung von Fehlentscheidungen des BAMF wird ihnen erschwert bzw. zunehmend unmöglich gemacht.

Bayerischen Asylplan für schnellere und effizientere Abschiebungen:

- Es sollen nicht schnellere und effizientere Abschiebungen an erster Stelle stehen, sondern die Qualität und Chancengerechtigkeit der Asylverfahren. Zudem führen Abschiebungen zu keinen

Änderungen der Fluchtursachen. Es wird zu einem Teufelskreis. So lange die Fluchtursachen nicht behoben werden, wird es immer Flucht geben.

- Es macht keinen Sinn, die Geflüchteten an den Außengrenzen abzuweisen, weil damit die Verantwortung der globalen Probleme an Drittstaaten abgegeben wird. Dies führt langfristig zu wirtschaftlichen und politischen Krisen, ggf. Kriegen. Mit dem Zurückdrängen und der Abweisung von Geflüchteten z.B. im Mittelmeer (Kooperation mit Libyen) nimmt man gravierende Menschenrechtsverletzungen in Kauf, insbesondere das Recht auf LEBEN!
- Überhastete Abschiebungen in Bayern, die häufig zudem rechtswidrig sind, untergraben somit das Recht auf Asyl.
- Ein Recht auf Information zum Asylverfahren bekommt man nur eingeschränkt in den ANKER-Zentren. Menschen sollen von dort prioritär gezielt zurückgeführt werden.

Arbeits- und Ausbildungsverbote von abgelehnten und im Verfahren befindenden Geflüchteten (Übernahme der Punkte aus der Tutzing Resolution):

Arbeit für Asylbewerber*innen

- ermöglicht den Spracherwerb sowie den Erwerb fachlicher und sozialer Kompetenzen, die auch im Heimatland genutzt werden können
- hilft, dem Tag eine Struktur zu geben
- bedeutet wirtschaftliche und persönliche Unabhängigkeit und daher mehr Würde für Menschen in ohnehin schwierigen Situationen
- impliziert eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung
- erleichtert das friedliche Miteinander vor Ort
- fördert die Teilhabe an der Gesellschaft
- entlastet erheblich die öffentlichen Kassen und bringt Steuereinnahmen

Ein generelles Arbeitsverbot

- stellt die erfolgreiche Arbeit in den Berufsschulklassen für Asylbewerber*innen in Frage
- ist eine Verschwendung von Steuergeldern, da viele staatlich geförderten Maßnahmen nicht zum Tragen kommen können
- stellt viele Arbeitgeber*innen vor große Probleme, weil sie i.d.R. mit den Asylbewerber*innen gute Erfahrungen gemacht haben, in die Einarbeitung investiert haben und kaum Ersatz finden
- greift massiv in das Menschenrecht auf Arbeit ein
- stärkt das gesellschaftliche Vorurteil „Flüchtlinge seien faul und sitzen nur rum“, da der Großteil der deutschen Bevölkerung nicht direkt Kontakt mit Geflüchteten hat

Um diese Entwicklungen umzukehren, bedarf es verschiedenster Akteurinnen / Akteure und einer Rückbesinnung auf demokratische Grundwerte und Grundrechte wie es im GG heißt „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“.

Nur ein Beispiel: die Bayrische Staatsregierung hat 2015/16 mit der Einrichtung von Berufsintegrationsklassen zur Vorbereitung der Ausbildungsreife ein deutschlandweit wegweisendes

Projekt gestartet. Das Problem: Viele der Menschen, die jetzt einen bayrischen Schulabschluss und bereits einen Ausbildungsvertrag in der Tasche haben, dürfen ihre Ausbildung nicht beginnen und zu Ende führen oder werden während einer Ausbildung abgeschoben. Diesen Menschen, die schon seit Jahren in Bayern – teilweise aufwendig betreut – Integrationsbereitschaft zeigen und sich selbst versorgen könnten, wird jegliche Perspektive genommen. Das ist eine kurzsichtige und gefährliche politische Wendung zu unnötiger Härte gegenüber Menschen, die sich hier bereits gut integriert haben.

In Anbetracht all dieser Entwicklungen fordern wir gemeinsam:

- eine Politik, die sich der eigenen Mitverantwortung für die globalen Fluchtbewegungen stellt und Fluchtgründe wie Krieg, politische Verfolgung und Klimawandel aktiv bekämpft
- eine faire und sorgfältige Prüfung der Schutzbedürftigkeit aller Menschen, die um Asyl bittet. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht und kann nicht „outgesourct“ werden
- einen Stopp der Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete wie z.B. Afghanistan und auch Äthiopien
- die Auflösung der ANKER-zentren und die Rückkehr zur dezentralen Unterbringung
- eine Arbeits- und Ausbildungserlaubnis für Asylbewerber*innen. Ausbildung und Arbeit sind Werte in unserem Land, die jeder Person zustehen
- Trennung von Aufenthaltsstatus und Zugang zum Arbeitsmarkt
- keine Verknüpfung von Bleibeperspektive und Arbeitsmarktzugang

Wir fordern, dass Sie und Ihre politischen sowie wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktionen dem gesellschaftlichen Frieden dienen und die sprachliche Diskriminierung von Geflüchteten und uns Helfer*innen unterlassen wird, dass Repressionen gegen Pfarrer*innen in Bezug auf Kirchenasyl aufhören. Wir können nicht zulassen, dass Asylpolitik als Thema im Wahlkampf instrumentalisiert wird und fordern Sie zur Vernunft auf. Wir fordern eine menschenwürdige, rationale Politik, die nicht am bloßen Materialismus und Nationalismus orientiert ist, sondern an uns, den **Menschen!**

Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948)

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit:

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.

Bekehren Sie sich zu diesen Werten. Wir haben 30 Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Auf dem Asylgipfel vertretene Unterstützer-und Helferkreise: